



Oberste Priorität: Jungaktivisten in Zürich.

Bild: Sabina Bobst (Lunax)

Politik

Riskante Symbolik

Stadt um Stadt, Kanton um Kanton ruft derzeit den «Klimanotstand» aus. So harmlos, wie man die Leute glauben machen will, ist das Ganze nicht.

22.05.2019

Von Katharina Fontana

Die Basler waren hierzulande die Schnellsten. Von der streikenden Klimajugend unter Druck gesetzt, rief der Grosse Rat im Februar den «Klimanotstand» aus. Im Eiltempo zogen Liestal, Olten und weitere Städte nach, und jüngst hielt auch der seit den Wahlen grüner gewordene Zürcher Kantonsrat fest, dass sich Zürich im «Klimanotstand» befinde. Das freute nicht nur die als Eisbären verkleideten Klimaschüler auf der Besuchertribüne, der Entscheid blieb auch international nicht unbemerkt: Die Zürcher durften dafür Lob von der höchsten Stelle, nämlich vom sechzehnjährigen schwedischen Klimaoberhaupt Greta Thunberg, entgegennehmen, die den Beschluss auf den sozialen Medien anerkennend vermerkte.

Dass sich in diesen Wochen eine Schweizer Stadt nach der anderen, ein Kanton nach dem anderen im «Klimanotstand» wähnt, kommt nicht von ungefähr. Unter dem Titel «Climate Emergency» – oder eben «Klimanotstand» – läuft seit ein paar Jahren eine weltweite Kampagne, der sich nicht mehr nur Metropolen wie San Francisco und Vancouver oder Städtchen wie Konstanz und Delémont anschliessen, sondern die inzwischen schon ganze Länder ergriffen hat. Erst jüngst haben Grossbritannien und Irland den klimabedingten Notstand ausgerufen, weitere Staaten dürften folgen. Vielleicht bald auch die Schweiz: Im eidgenössischen Parlament ist eine Motion der Baselbieter SP-Nationalrätin Samira Marti

hängig, die den Bundesrat auffordert, den nationalen «Klimanotstand» zu erklären. Angesichts der kollektiven Klimaerregung ist den National- und Ständeräten zuzutrauen, dass sie dem Anliegen tatsächlich zustimmen werden.

Trams fahren, Leute arbeiten

Nicht nur in der Schweiz fragt man sich, was der Begriff «Klimanotstand» denn eigentlich meint. Immerhin handelt es sich beim Notstand um ein staatsrechtliches Ausnahmeinstrument, das bei jedem Bürger die Alarmglocken schrillen lassen muss. Notstand heisst Notrecht. Es bedeutet: Man muss derart rasch handeln, dass keine Zeit bleibt für die üblichen demokratischen Verfahren. Gilt der Notstand, dürfen sich die Behörden über bestehendes Recht hinwegsetzen. In der Schweiz können Regierung und Parlament eigenmächtig befristete Verordnungen erlassen, ohne gesetzliche Grundlage Massnahmen beschliessen oder Gesetze unter Ausschluss des Referendums in Kraft setzen.

Nun braucht es keine höheren Rechtskenntnisse, um zu sehen, dass von Notstand im juristischen Sinn vorliegend nicht die Rede sein kann. Eine unmittelbare Bedrohung oder schwerwiegende Störung der öffentlichen Sicherheit ist nirgends auszumachen. Wer etwa durch Basel oder Zürich spaziert, wähnt sich nicht in einem Notstandsgebiet: Die Trams fahren, die Leute arbeiten, niemand läuft mit einer Atemmaske herum, und der eine oder andere wagt sogar, im Fluss oder im See zu baden. Nichts deutet darauf hin, dass dies in einer Woche, in einem Monat oder in einem Jahr anders sein wird und man heute mit Notrecht intervenieren müsste, um eine baldige Katastrophe zu verhindern.

Ganz so streng wollen es die Klimaaktivisten denn auch nicht verstanden wissen. In den Erklärungen und Resolutionen zum «Klimanotstand» heisst es jeweils in einer Fussnote, dass diese keine Grundlage für eigentliche Notstandsmassnahmen bildeten und der Begriff bloss symbolisch zu verstehen sei. Kann die Bevölkerung also beruhigt sein, dass nicht über ihren Kopf hinweg entschieden wird? Handelt es sich lediglich um dramatische Töne ohne Folgen? Nicht unbedingt. Ein Blick auf die jeweils etwas unterschiedlich formulierten Vorstösse zum «Klimanotstand» zeigt, dass es darum geht, die CO₂-Emissionen innert weniger Jahre auf null zu senken. Jedes staatliche Handeln, so die Forderung, muss sich an diesem Ziel ausrichten. Neue Gesetze dürfen nur dann eingeführt werden, wenn sie keine zusätzlichen Emissionen verursachen, jedes Vorhaben, das dem Klima dient, ist zeitlich und inhaltlich vorzuziehen. Die Klimaneutralität muss für die Behörden oberste Priorität haben, sie prägt sämtliche politischen Vorhaben – und wird damit zum eigentlichen primären Verfassungsgebot, das allen anderen Staatsinteressen vorgeht.

Wenn nun beruhigt wird, dass die Ausrufung des «Klimanotstandes» keine direkten Auswirkungen haben werde, so mag man dieser Aussage nicht so recht glauben. In den Bereichen, in denen die kantonalen oder städtischen Behörden allein handeln können, dürfte das neue implizite Verfassungsziel sehr wohl Konsequenzen haben, sei dies bei der Immobilienbewirtschaftung, dem Parkplatzregime, vielleicht auch bei der

Verkehrsregelung und anderem mehr. Weiter ist die Regierung durch die Notstandserklärung nicht nur legitimiert, sondern geradezu verpflichtet, einzig noch solche Gesetzesvorhaben voranzutreiben, die dem Klimaziel entsprechen oder dieses fördern – Geschäfte, die anderes anstreben, gelten als sekundär. Selbstredend wird der «Klimanotstand» auch in jeder künftigen Budgetdebatte all jenen Politikern um die Ohren gehauen werden, die das Steuergeld nicht nur für den ökologischen Umbau, sondern beispielsweise für neue Strassen oder anderes nutzen wollen. Kurz gesagt: Mit dem «Klimanotstand» werden die Weichen klar in Richtung grüner Politik gestellt, und die Bevölkerung wird das früher oder später zu spüren bekommen.

Ausgeprägter Vernunftsnotstand

Staatspolitisch gesehen ist das Vorgehen auf jeden Fall dreist. Voreilig einen symbolischen Notstand auszurufen, um unter diesem Titel einfacher handeln – sprich: das grüne Klimaprogramm durchdrücken – zu können, hat etwas Missbräuchliches an sich. Wenn dieses Vorgehen Schule macht, wird die Politik unseriös. Zudem müsste man dann in einigen anderen Bereichen ebenfalls den Notstand ausrufen, beispielsweise bei der AHV, wo das Finanzdebakel nicht mehr lange auf sich warten lässt. Auch wenn man sich angesichts der seit Wochen herrschenden Klimahysterie nicht mehr über vieles wundert: Was die Politik mit dem «Klimanotstand» veranstaltet, ist unsinnig und riskant – man ist versucht, von einer ausgeprägten Form von Vernunftsnotstand zu sprechen, der die Volksvertreter derzeit heimsucht.